

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

170 (25.7.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.02 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postfachnummer: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Wfa., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 170. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 25. Juli 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Parteienossen!

Der Beschluss des letzten Parteitag findet bei diesmännlicher Sitzung in Mannheim statt. Auf Grund der Bestimmungen des 11., 12., 13., 14. und 15. der Parteioberorganisation des Parteitag findet der diesjährige Parteitag auf Sonntag den 23. September, nach Mannheim in das Lokal Apollostr. 6, 8, 9, ein.

Die provisorische Tagesordnung ist folgende: Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr: Vorbereitung, Konstituierung des Parteitag. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mannheimer Parteikommission.

Montag, den 24. September, und die folgenden Tage: Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Jannich und A. Gerich.

Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Maden.

Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Schöpflin.

Wahlleiter. Berichterstatter: A. Fischer.

Der politische Massenrat. Berichterstatter: A. Weber.

Der internationale Kongress 1907. Berichterstatter: R. Singer.

Sozialdemokratie und Volkserziehung. Berichterstatter: C. Zellin und O. Schulz.

Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug. Berichterstatter: S. Haase.

Constituierung. Berichterstatter: S. Haase.

Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienossen! Der Parteivorstand richtet an euch Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August im Büro des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, ein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Abs. 2 der Parteioberorganisation im Vorwärts veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden können.

Anträge von einzelnen Parteienossen bedürfen der Genehmigung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteienossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Parteitag rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit die Vorarbeiten und eventuell weitere Mitteilungen rechtzeitig werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

August Dreesebach, Mannheim, R. 3, 14.

Manuskriptsformulare sind durch das Parteibureau J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beizugehörige Vorarbeiten, noch in der den Anträgen zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abrufen der Motive verbleibt aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 23. Juli 1906.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Parteivorstand.

Genossinnen!

Die Fraufrage der Genossinnen Deutschlands beruht auf dem Beschlusse einer Frauenkonferenz nach Mannheim vom 22. September, die am 22. September, morgens 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Q. 2, 16, zusammenzutreten und nicht später als am Sonntag Nachmittag tagen.

Die provisorische Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Zentralvertrauensperson, a) Agitation, b) Presse.

2. Frauenrecht. Berichterstatterin: Genossin Bettin.

3. Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichterstatterin: Genossin Zieg.

4. Die Dienstbotenbewegung. Berichterstatterin: Genossin Grünberg.

5. Vorkämpfer für Schwangere und Wöchnerinnen. Berichterstatterin: Genossin Dunfer.

6. Die Genossinnen, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossinnen festgefunden hat, ist es wohl selbstverständlich, daß sie sich mit diesen baldigst über die Wahl einer Delegierten verständigen. Dort, wo die Genossinnen nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen am 31. Absatz 1 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene Delegierte zu wählen, sondern auch für den Parteitag zu wählen. Wünschenswert ist jedoch, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten.

Die Verhandlungsgegenstände, die auf seiner Tagesordnung stehen, sind alle von größter Wichtigkeit für die sozialdemokratische Frauenwelt. In erster Linie sei auf die Frage der Volkserziehung hingewiesen, an welcher die Frauenkonferenz als Bildungsbehörde wie als Mutter der höchsten Interesse hat. Möchten daher die Ge-

nossinnen überall dafür sorgen, daß dem ihnen zustehenden Rechte gemäß an dem diesjährigen Parteitag als Delegierte Frauen teilnehmen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen.

Anträge sind spätestens bis zum 31. August einzuwenden. Erfolgreiche Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichner zu melden.

Die Adresse des Lokalkomitees ist: August Dreesebach, Mannheim R. 3, 14.

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein Weisheit für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer Erfolge.

Mit Parteigruß
Otilie Baader, Berlin S. 63, Blücherstr. 49, S. II.

Das Zentrum in der Klemme.

Ueber christlichen Gewerkschaftsradikalismus jammert die unter Dasbach'scher Kontrolle stehende Zentrumsprelle des Saargebietes. Die St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung, ein Organ der christlichen Gewerkschaften feindlich gesinnten Richtung, macht in einem geharnischten Artikel den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf eines gefährlichen Radikalismus, einer maßlosen Sprache, einer Untergrabung des Ansehens der katholischen Geistlichkeit. In der Dörfle'schen Zeitung steht gemäß den Weisungen des Bischofs von Metz die Mehrheit der katholischen Geistlichen auf Seite der katholischen Gewerkschaften. Eine christliche Gewerkschaftenversammlung in Dörfle hatte nun zu dem Dörfle'schen Artikel eine Resolution angenommen, worin der folgende Satz enthalten war: „Pstich aller ehrenhaften christlichen Kameraden, gleich ob katholisch oder evangelisch, ist es, gegen die schamlosen Anmachungen der „Berliner“ entschiedene Front zu machen und mit Begeisterung für die Entfaltung und den weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier zu kämpfen.“ Die „Berliner“ sind die katholischen Gewerkschaften und ihre weltlichen und geistlichen Führer. Das oben genannte Dasbachblatt fragt denn auch im Anschluß an diese Resolution ganz einfach: „Wer sind denn die Anführer, die Träger der ganzen Berliner Bewegung im Saarrevier?“ und beantwortet diese Frage, indem es schreibt: „Es sind katholische Geistliche, Männer von tadellosem Ruf und Charakter, die ihr ganzes Leben, ihre ganze Tätigkeit lebendig in den Dienst der kathol. Arbeiter gestellt haben.“ Und das Blatt fährt fort:

„Inserate in den christlichen Gewerkschaften organisierte katholische Arbeiterkräfte ist auf dem besten Wege, dem schärfsten Radikalismus in die Arme geführt zu werden. Verantwortlich hierfür machen wir allein Herrn Gewerkschaftssekretär Hüster in St. Johann, über dessen unglückselige Sprache, insbesondere den katholischen Klerus gegenüber, soweit derselbe der Berliner Organisation angehört, wir schon wiederholt Klage zu führen genötigt waren. Er untergräbt durch die Art und Weise seiner Agitation systematisch das Ansehen des Klerus bei unsern katholischen Arbeitern. Mag diese Agitation sich vorläufig auch nur gegen die „Berliner“ Geisteslichen richten; das Volk wird keinen Unterschied machen. Die Sprache, die man heute gegen die „Berliner“ führt, wird man auch gegen die Nicht-Berliner führen, gegen die Geistlichen, die auf Seite der christlichen Gewerkschaften stehen. Hier handelt es sich nicht mehr um die Frage, ob „Berliner“ oder Nicht-Berliner, sondern es handelt sich darum, ob das so notwendige Ansehen, das unser katholischer Klerus bei unsern katholischen Bevölkerung bisher genos, bewahrt bleiben soll, oder ob das katholische Volk ruhig zusehen soll, wie dieses Ansehen systematisch untergraben wird. Gegen ein solches Vorgehen muß das ganze katholische Volk Marsch und Rufen, Arbeiter und Nichtarbeiter, gleichgültig welcher gewerkschaftlichen Richtung sie angehören, energisch Front machen. Insbesondere aber richten wir unsern Appell an unsere in den christlichen Gewerkschaften organisierte katholische Arbeiterkraft, daß sie es nicht dulden möge, daß sie laut Protest dagegen erhebe, wenn in ihren Versammlungen der kathol. Klerus verunglimpft wird. Wir richten unsere inständigste Bitte an den den christlichen Gewerkschaften zugehörigen katholischen Klerus, daß er in diesem Sinne seine warnende und ermahnende Stimme an die katholische Arbeiterkraft richte. Wir richten unsere Bitte aber auch an den Parteivorstand der christlichen Gewerkschaften, daß er und endlich anstelle des Herrn Hüster einen anderen Gewerkschaftssekretär herbeifinde, der es versteht, die Sache der christlichen Gewerkschaften zu führen, ohne unsere katholischen Arbeiter dem Radikalismus in die Arme zu treiben. So kann es nicht mehr weiter gehen. Wir richten endlich unsere Bitte an den Vorstand unserer Zentrumsparthei und an alle, welchen das Wohl des Zentrums in unserem Kreise am Herzen liegt. Herr Hüster unterminiert mit seiner Agitation unser Zentrum, er entfremdet ihm allmählich unsere katholische Arbeiterkraft und legt den Grund zu einer radikalen Interessenparthei.“

Diese Sätze enthielten wieder die tiefsten Beweggründe der kirchlichen Gewerkschaftspolitik. Die christlichen Gewerkschaften sind — bemerkt dazu mit Recht unser Kölner Parteiorgan — den kirchlichen lediglich Mittel zum Zweck der Erhaltung ihres Einflusses, und weil die kirchlichen des Saargebietes heute mehr denn je fürchten, daß die Gewerkschaften diesem eigentlichen Zweck entfremdet werden, hat sich ihr Verhalten zur bitteren Feindschaft gesteigert. Die Dasbachprelle ruft zum Kampfe gegen den christlichen Gewerkschaftsradikalismus auf, weil er die Zentrumsparthei gefährdet — in diesem offenen Bekenntnis liegt der größte Wert ihres neuesten Selbstzuges.

Die Eisenbahner-Petitionen.

(3. Tag.)

Heute kamen zunächst vier Sprecher der Regierung zum Wort, als erster der Minister v. Marschall. Bei diesem Minister weiß man immer schon zum Voraus, was er sagt. Was es sich um eine Sache seines Ressorts handelt, welcher Art sie immer sei, Herr v. Marschall hält stets dieselbe nichtssagende Rede. Der ganze Inhalt derselben konzentriert sich auf den Satz: „Die Regierung tut sich ihrer Aufgabe voll und ganz bemüht.“ Um diesen Satz gruppiert dann die Eisenbahnerzeitung noch einige andere Sätze, die aber genau ebensowenig besagen. Heute versicherte er u. a., daß die Regierung das Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit natürlich „voll und ganz“ anerkennt, aber — die Verkürzung dieses Prinzips lehnt die Regierung aus finanziellen Gründen rundweg ab. Großartig!

Nach dem Minister sprach der Vertreter des Finanzministeriums, Geh. Rat Nikolai, der in der Hauptsache sich mit der geplanten Revision des Gehaltsstufens beschäftigte. Er kündigte an, daß wenn das Vermögenssteuergesetz nicht zustande kommt, an eine Revision des Gehaltsstufens nicht zu denken sei.

Dann sprach Generaldirektor Roth, wohl vorbereitet wie immer. Der Generaldirektor ist sicher einer der fleißigsten und gewissenhaftesten Beamten. Allein damit ist es eben nicht getan. Was er über das Affordsystem in den Eisenbahnverwaltungen sagte, beweist klipp und klar, daß der Generaldirektor unserer Eisenbahnen von diesem Affordsystem nichts weiß, so wenig, wie sein Referent, der sich ebenfalls dazu äußerte und mit einem mehr als zweifelhaften Zahlenmaterial darzutun versuchte, daß durch die Stabilisierung der Eisenbahnergehälter der Staat ein finanzielles Schädigung des Staates zur Folge habe. Wir wollen hoffen, daß dieser zahlenmäßige grobe Irrtum, den dieser Herr verübt hat, nicht unbeantwortet bleibt. Daß man es regierungsseitig überhaupt wagt, mit solchen statistischen Spielereien, die weiter nichts beweisen, als daß man damit unüberwindliche Kostenzeit verbringt, dem Landtag noch imponieren zu können, ist sehr bedauerlich.

Aus dem Hause kam heute zunächst Herr Dr. Bing zum Wort. Mit warmen Worten legte er sich für die Abschaffung des Affordes ins Zeug, indem er mit Recht darauf verwies, daß man die Beamten auch nicht im Afford arbeiten lasse. Der Arbeiter habe aber das gleiche Recht, wie der Beamte. Auch der Verkürzung der Arbeitszeit redete Herr Bing das Wort. Dann sprach als Vertreter der Konventionen Herr Schmidt (Breiten), der sich kurz für die Berücksichtigung der Petitionen erklärte. Vom Zentrum sprach nach Herr Welzer. Er beantwortete die Forderungen der Arbeiter und besprach sie einzeln, indem er auf die bestehenden Verhältnisse hinwies.

Allgemeines Interesse beanspruchte die Schlussworte Welzers, in welchen er auf die Eisenbahnerorganisationen zu sprechen kam. Die 7 andern Herrn vom Zentrum, die im Saale anwesend waren, sprachen merkwürdig die Ohren, denn Herr Welzer schlug fortwährend über den Zentrumsstrang. Er behauptete die Zersplitterung in den Arbeiterorganisationen, weil dadurch die Arbeiter in ihrer Aktionskraft geschwächt werden. Herr Welzer hatte auch den Witz, die Ursache der Zersplitterung der Eisenbahnerorganisation bloßzulegen, indem er darauf verwies, daß der Verband Bestimmungen im Statut habe, die mit den gewerkschaftlichen Bestimmungen der Arbeiter absolut nichts zu tun haben. Die Grundlage für die Gewerkschaften bilden die wirtschaftlichen Fragen. Wie der Arbeiter über Monarchie und Christentum denkt, kann dabei keine Rolle spielen.

Arado, Herr Welzer! Sie finden damit unsere Zustimmung. Aber damit hat der Zentrumsarbeiter-Abgeordnete Welzer den christlichen Gewerkschaften das Urteil gesprochen. Schreiber dieses war in der Versammlung der badischen christlichen Eisenbahnerverbände und er hat damals schon davor gewarnt, in das Statut den Passus aufzunehmen, wonach die Mitglieder sich auf das Prinzip der Monarchie verpflichten müssen. Damit war die Grundlage zur Zersplitterung der Organisation der Eisenbahner gelegt. Wir sind wirklich neugierig, wie sich die Zentrumsprelle mit diesen Ausführungen des Abg. Welzer abfindet. Wisser hat man die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften immer damit begründet, daß nur vom Standpunkt des Christentums aus die wirtschaftlichen Fragen richtig gelöst werden können.

Diesem Humbug hat heute Herr Welzer einen Niesegel vorgeschoben. Neugierig darf man auch sein, ob der christliche Eisenbahnerverband nun endlich die nicht in ein Gewerkschaftsstatut gehörenden Bestimmungen aus dem Statut entfernt. — Während der heutigen Sitzung präsierte längere Zeit hindurch der 2. Vizepräsident, Genosse Wed, die Verhandlungen.

* Karlsruhe, 24. Juli.
(188. Sitzung.)

Erster Vizepräsident Behner eröffnete 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Minister v. Marschall und Regierungskommissare.

Minister v. Marschall: Die zahlreichen Wünsche seien derart, daß er sich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken müsse. Was die Wünsche der Beamten betrifft, so beabsichtige die Regierung, unterweilt die Arbeit für eine allgemeine Gehaltsrevision aufzunehmen und hofft gütig, eine hierauf bezügliche Gesetz-

gebungsarbeit dem nächsten Landtag vorlegen zu können. Voraussetzung bleibe, daß es gelingt, die erheblichen Mittel flüssig zu machen, die zur Finanzierung dieses Planes nötig seien und daß eine Verständigung mit der Regierung zustande komme. Eine Grundlage bilde ferner der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer, deren Aufhebung die erste Voraussetzung sei. Die Regierung werde sich leiten lassen von dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Schonung der Steuerkraft unseres Volkes. Was die Wünsche der Arbeiter betreffe, so sei sich die Regierung ihrer Aufgabe wohl bewußt, sie lasse sich aber nicht, daß das Wort ewig Geltung haben werde: Im Schweige meines Angehörs laßt du dein Brod essen! Die Verwaltung fühle sich verpflichtet, allen ihren Arbeitern den Kampf um das Dasein tunlichst (!) zu erleichtern. Die Verwaltung müsse sich aber auch bewußt bleiben, daß sie bei ihren Maßnahmen den anderen den Kampf um das Dasein nicht allzu sehr erschwere. Die Regierung werde auch die Wohlfaßereinrichtungen tunlichst (!) ausbauen, wie sie in Freiburg zur Einführung gelangt. Dem Wunsch Mufers nach gesetzlicher Festlegung der Ruhezeit könne die Regierung nicht bestimmen. Durch den eingebrachten Antrag für die Besserstellung der Arbeiter sei der Betriebskoeffizient von 78 auf 90% Prozent gestiegen, doch werde dies die Regierung nicht abtun, auf diesem Gebiete fortzuführen.

Ministerialrat Nikolai hat im Auftrag des Finanzministeriums einige Bemerkungen zu machen. Was die Arbeiterfrage betreffe, so schließe sich die allgemeine Staatsverwaltung dem Vorgehen der Eisenbahnverwaltung an. Die Regierung begreife es deshalb ganz besonders, daß die Budgetkommission dazu gekommen sei, von Normregeln, die sofort zu treffen seien, abzugehen. Solche Maßnahmen würden einer allgemeinen Revision im Wege stehen. Auch die Regierung halte die Zeit für gekommen, in der der Revision näher getreten werden müsse, auch im Hinblick auf das Ansehen der Beamten, besonders für die notwendigen Lebensmittel. Die Regierung sei dabei nicht der Meinung, daß dieses Steigen der Lebensmittelpreise ausschließlich (!) auf den Zolltarif zurückzuführen sei. Es soll nicht bestritten werden, daß der Zoll in etwas (!) mitgewirkt habe. Zurechnen müsse die Regierung aber den Vorwurf, als ob sie es an der Fürsorge für die Beamten habe fehlen lassen. Der Redner wirft einen Mißblick auf das, was in den letzten 15 Jahren zugunsten der einkommensreichen Beamten geschehen sei. Für dieselben seien für die Verbesserung mit Ausschluß der Volksschüler 12 1/2 Millionen Mark aufgewendet worden. In dieser Zeit sei die Zahl der Beamten von 13 000 auf 18 400 gestiegen oder um 41 1/2 Prozent, während die Bevölkerung um 21 Prozent zugenommen habe. Nach der Anschauung der Regierung solle die Gehaltsrevision eine allgemeine sein und eine merkliche Aufbesserung der einkommensreichen Beamten bringen, aber auch die nichteinkommensreichen Beamten sollten eine Aufbesserung erfahren. Das Gelingen der Revision werde davon abhängig sein, daß das Vorgehen der Beamten ein maßvolles sei. In der Zahl der vorliegenden Petitionen sei dieses Maß allerdings nicht zu erkennen. Am Auftrage des Finanzministeriums müsse er noch besonders betonen, daß eine Voraussetzung des Aufstrebens die Finanzierung sei, daß es möglich sei, eine solche Vorlage zu finanzieren. Durch das natürliche Wachstum unserer Einnahmen könne die Vorlage nicht finanziert werden, denn der Mehraufwand werde sich auf mehrere Millionen Mark belaufen, so daß man zur Einkommensteuer und zur Vermögenssteuer greifen müsse. Notwendig sei aber auch, daß die Beamten ein Verständnis dafür zeigen müssen, was zu erreichen sei.

Generaldirektor Roth geht auf einzelne Bemerkungen der gestrigen Redner ein und erklärt nochmals, daß die Eisenbahnverwaltung von dem besten Willen besetzt sei, für die Eisenbahner zu sorgen; sie werde sich dadurch auch nicht durch Angriffe abhalten lassen.

Ministerialdirektor Schultze macht einige Mitteilungen über die Vorbildung gewisser Kategorien von Eisenbahnbeamten. Die Frage der zweijährigen Ausbildung der höheren Eisenbahnbeamten bilde in den deutschen Verwaltungen Gegenstand eingehender Erörterung.

Baurat Courtin verbreitet sich über die Schwierigkeit der Aufhebung der Affordarbeit und exemplifiziert in langen Ausführungen auf die Eisenbahner in Oesterreich.

Abg. Dr. Bing: Auf die Einzelheiten könne man nicht eingehen; den berechtigten Interessen sei wohl genügt, wenn auch er die Hoffnung im Namen seiner Fraktion ausspreche, daß die Regierung im Sinne der Wünsche der Budgetkommission die Petitionen erledige. Zu der Arbeiterfrage habe er das Vertrauen, daß auch die Interessen des Dienstes im Auge habe bei der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Im Gegensatz zu dem Redner tritt Redner für die Stabilisierung der Arbeitergehälter gegenüber der Affordarbeit ein; die finanziellen Gesichtspunkte dürften nicht in Betracht kommen. Er hoffe, daß die Regierung die Frage der Abschaffung der Affordarbeit ernstlich prüfen werde. Was die Gehaltsrevision betreffe, so sehe er auf dem Standpunkt, daß dieselbe über den nächsten Landtag nicht verschoben werden könnte. Aber auch er möchte bitten, bei dieser Revision des Steuerablers nicht zu vergessen. Den Gedanken, als ob der Staat zu viel Beamte habe, möchte er zurückweisen. Die Stellung der ständigen Bediensteten des Staates könne nur dadurch gesichert werden, daß man Schritt für Schritt mit der einkommensreichen Anstellung vorwärts gehe. Das Hauptinteresse der Arbeiterfrage werde immer dahin zielen, in eine gesicherte Position zu kommen. Nach den Erklärungen der Regierung werde dieselbe gewiß alles tun, um die Interessen der Arbeiter zu fördern, ohne andere zu schädigen. In seinem Bedauern sei auch die Politik in die Debatte gezogen worden; dem gegenüber möchte er doch bemerken, daß die gleichen Petitionen auch zu Zeiten des so viel gelobten laiblichen Sozialismus in dies Haus gekommen seien. Er hoffe, daß die Debatte in der Eisenbahnverwaltung begrüßenswerte Fortschritte bringen werde.

Abg. Schmidt-Breiten (S. d. A.) verteilt die Wünsche der Arbeiter und beantwortet eine gleiche finanzielle Behandlung der Streckenarbeiter und trägt eine Reihe von Beschwerden und Witten verschiedener Arbeiter- und Angehörtenkategorien vor.

Abg. Welzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Ruhegeld sollte heruntergesetzt werden schon im Hinblick auf das spätere Ansehen derselben. Die Stellengulagen sollte man herabsetzen und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Gewerkschaftskarteil Karlsruhe.
 Sonntag den 29. Juli, vormittags von 11
 bis 1 Uhr im „Colosseumsaal“

grosses Matiné

zu Gunsten der ausgesperrten Buchbinder, bestehend aus
Vokal- und Instrumentalkonzert und Vortrag
 über die Bedeutung der Aussperrung im Buchbinder-
 gewerbe.

Eintritt 20 Pfg.

Großer Beteiligung sieht entgegen

Die Kartellkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Marktgrabenstr. 26 I. Telefon 2093. Geöffnet von vormittags
 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstags und
 Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags bis 5 Uhr abends. An Feiertagen
 geschlossen.

Am Sonntag den 29. Juli findet im prächtigen Wiesenwald in
 Wörth am Rhein ein

grosses Volksfest

verbunden mit Festzug, Instrumental- und Vokalkonzert und allerlei
 Belustigungen für Jung und Alt. Statt.
 Abmarsch des Festzuges in Wörth um 3 Uhr. 2823
 Abfahrt in Karlsruhe um 2.12 Uhr.
 Der ermäßigte Fahrpreis kostet ab Karlsruhe u. retour 70 P.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-
 arbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Pforzheim.

Sonntag den 29. Juli d. J.

Großer Ausflug mit Musik.

Abmarsch um 2 Uhr nachmittags vom Marktplatz aus nach Dill-
 weissenstein.
 Dortselbst großes Gartenkonzert im „Goldenen Anker“.
 Retourmarsch abends 6 Uhr nach dem großen Saale des „Schwarzen
 Adler“, woselbst für die Teilnehmer ein Tanzprogramm stattfindet.
 Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein 2893,2

Die Festkommission.

NB. Bei vollständig ungenügender Witterung findet nachmittags um
 3 Uhr Konzert im „Schwarzen Adler“ statt.

Gewerbe- u. Vorschussbank Karlsruhe

30 Zirkel 30

bewilligt Darlehen auf bestimmte Zeit gegen Per-
 sonalsbürgschaft oder Hinterlegung von Wert-
 papieren,
 gewährt Kredite in laufender Rechnung (Konto-
 Korrent),
 vermittelt Bankkredite und Hypotheken, diskontiert
 Wechsel,
 besorgt den An- und Verkauf von soliden Wert-
 papieren,
 nimmt Bareinlagen sowohl auf Konto-Korrent
 (Scheckverkehr) als auch auf Einlagebücher an.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Interessenten, daß vom 1
 September 1906 an die

Sicherung der Baustellen bei Nacht

durch Aufstellen von Ocellatern nicht mehr durch uns übernommen
 wird. 2893,3

Stocklaternen werden an private Unternehmer von uns leihweise ab-
 gegeben; die Beleuchtung selbst bleibt den Unternehmern überlassen.
 Die näheren Bedingungen über die Ausleihung der Stocklaternen
 können bei uns erhoben werden.
 Karlsruhe den 28. Juli 1906.

Städt. Gaswerk.

Zellen-Ober-Matratze

ohne jede Abgarnierung u. Heftung.

D.R.G.M.
 189649

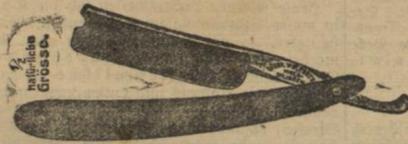


D.R.G.M.
 189649

Die Konstruktion dieser Matratze vereinfacht in sich
 eine Reihe von Vortellen.
 Prospekte gratis. Zu beziehen durch den alleinigen Fabrikanten;
Fz. Steidlinger, Karlsruhe, Schillerstr. 12,
 Polstermöbel- u. Tapezier-Geschäft.

Die Firma Gebr. Wolfertz

Stahlwarenfabrik und
 Werkstoff-Fabrikanten
 in Wald bei Solingen Nr. 2319
 versendet Ihre weitbekanntesten
Rasiermesser 30 Tage zur Probe.



Nr. 30 halb hoch geschliffen
 Nr. 59 dreiviertel hoch geschliffen
 Nr. 60 ganz hoch geschliffen
 Nr. 84 Sicherheits-Rasiermesser
 Sicherheits-Rasier-Apparat Flod

Komplette Rasierapparaturen von
 2.50 an,
 Haarschneidemaschinen
 von 1.50 an.
 Versand nur gegen Nachnahme.
 Porto extra.
 Umtausch gestattet, daher kein
 Risiko.

Lehrpreisverzeichnisse mit ca. 4000 Gegenständen gratis und franko
 an Jedermann. 2791

Stadtgärtentheater Karlsruhe.

Mittwoch den 25. Juli 1906

Die Schühnliedl

Operette in 3 Akten von Edm. Eysler.

Schwarzwälder Hof,

Edle Linsen- und Marienstraße.

Georg Vender.



Wasche mit



Luhns

Giebt schönste Wasche

Nurecht MIT ROTBAND

Aus frischen Ladungen

empfehlen:

Ia neue

Ital. Kartoffeln

3 Pfund 17 Pfg.

Zentner 4.75

ff. neue

Görzer Kartoffeln

3 Pfund 15 Pfg.

Zentner 4.—

beides beste, gelbe, mehliges

Ware,

ferner

neue Vollhäringe

3 Stück 20 Pfg.

Neue Pfälzer

Zwiebeln

3 Pfund 15 Pfg.

Feinstes neues Delikatess-

Sauerkraut

Pfund 12 Pfg.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekanntesten Karlsruher

Verkaufsstellen. 2824

Durlach.

Rastatter

Sparkochherde

schwarz, emailliert und vernickelt,

empfehlen in allen Größen bei großer

Wahl u. weitgehender Garantie

Heinrich Mannherz

Mechaniker u. Installateur

Hauptstrasse 2, Gasth. u. Olme.

Uhren, Goldwaren u. Musikwerke.

Empfehle mein reichhaltiges Lager

in Taschenuhren, Regulatoren,

Wand- u. Wanduhren, Spiel-

uhren u. Grammophone, ebenso

Traurings, Uhrketten, Armbän-

der, Ohrringe, Broschen, Krän-

ze, Manschettenknöpfe, Ringe in

Gold und Silber. Berechnung die Re-

paraturen an Uhren und Musik-

werke zu billigsten Preisen. Taschenu-

hren-Jeder einlegen und 10 Mt.,

Glasaufsetzen 20 Pfg. usw.

Karl Billian

Schillerstraße 55, vis-à-vis dem

Klosterhof.

Gebe auch auf Teilszahlung.

Stets einige hundert Uhren auf

Lager. 2899,12

Uhren-Reparaturen

unter Garantie

werden wie bereits bestätigt am

getauftenförmigen ausgeführt bei

Oskar Kirsche,

vormals A. Pfeiff,

12 Kriegstraße 12.

Chico Frisuren

werden erstellt nur durch modernste

federleichte Haarschneidemaschinen.

M. Bierroth, Friseur,

2155,10

Euchtige zuverlässige Zeitungsträgerin

für die Oststadt gesucht. Anmeldungen werden in der Expedition ds. Bl.
 entgegen genommen.

Bekanntmachung.

Die Feier der goldenen Hochzeit Ihrer

Königlichen Hoheiten des Großherzogs

und der Großherzogin betr.

Die Feier der goldenen Hochzeit Ihrer

Königlichen Hoheiten des Großherzogs

und der Großherzogin wird in dieser Stadt in den Tagen

vom 15. bis zum 23. September d. J. begangen werden.

Die Bedeutung dieser Feier ist von der Art, zu der sich Vertreter

aller Berufsstände, der verschiedenen Berufsstände, Korporationen

und Vereine aus dem ganzen Lande hier zusammenfinden werden, um dem

hohen Jubelpaare Verehrung, Liebe und Dankbarkeit zu geben, mag es

erforderlich, daß unsere Stadt an den erwähnten Tagen würdigen

Festlichkeiten anlegt.

Wir richten daher an die Einwohnerschaft die Bitte, die Häuser

während der Feier festlich zu besetzen, auf die Tage des 19. bis 23. Sep-

tember auszukümmern, dieselben auch am Abend des 20. September festlich

zu beleuchten.

Die Art der Ausschmückung bleibt natürlich den einzelnen Hausbe-

sitern und Wohnungsinhabern vollständig anheimgegeben, für die Aus-

schmückung der Fenster dürfte, wo die Verhältnisse dies erlauben, die Ver-

wendung lebender Pflanzen eine hübsche Wirkung verschaffen.

Im Interesse sowohl der Haus- und Wohnungsbesitzer als der be-

teiligten Geschäftsleute wird empfohlen, die zur Veranlassung kommenden

Decorationsgegenstände möglichst frühzeitig zu bestellen und anfertigen zu

lassen, auch über deren Preis genaue Verhandlung zu treffen.

Für die einzelnen Stadtteile sind besondere Kommissionen gebildet,

deren nachfolgend benannte Mitglieder sich in freundlicher Weise bereit er-

klären haben, den Haus- und Wohnungsbesitzern hinsichtlich der Ausschmück-

ung und hinsichtlich des Bezugs von Decorationsgegenständen Rat zu er-

teilen und Vorschläge über die einheitliche Ausschmückung einzelner Straßen

und Häusergruppen zu machen.

Wir bitten die Haus- und Wohnungsbesitzer, die in der Ausschmück-

ungsfrage Rat und Auskunft bedürfen, sich an die für den betreffenden

Stadtteil gebildete Kommission wenden zu wollen.

Karlsruhe den 21. Juli 1906.

Der Stadtrat:

Schneijder.

Raßer.

Verzeichnis

der Kommissionen für die Ausschmückung der Stadt anlässlich der

goldenen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs

und der Großherzogin.

A. Centralkommission:

Stadtrat und Kommerzienrat Friedrich Kopsner, Vorsitzender; Professor

Otto Gagel; Großherzoglicher Oberbauinspektor Heinrich Berg; Stadtrat

Andreas Köpcke; Maler und Professor Otto Kommer; Stadtrat Robert

Reichert; Städtischer Gärteninspektor Friedrich Kies; Stadtbaurat Wil-

helm Frieder; Stadtrat Dr. Friedrich Beck; Stadtrat Adolf Wölter;

Technischer Direktor Albert Hoff.

B. Stadtteilkommissionen:

I. Kommission für die Neustadt

(umfassend das Gebiet östlich des Durlacher Tales und der Kapellenstraße

— diese eingeschlossen —)

Kaufmann und Stadtrat Otto Müller, Vorsitzender; Erbbauberechtigter

Vauinspektor Johannes Schütz, stellvertretender Vorsitzender; Capienmeister

Emil Altmann; Gärtnereimeister Ludwig Ball; Waidhauer Josef Baum-

meister; Kaufmann Eduard Bayer jr.; Waidhauer Fiedel Bing; Flech-

nermeister und Stadtrat Heinrich Jell; Architekt Gustav Köhler;

Architekt Ludwig Reih; Ziegelbrenner und Stadtratordneter Johannes

Schönwäcker.

II. Kommission für die Altstadt

(umfassend das Gebiet zwischen Kreuzstraße — diese eingeschlossen — und

dem Durlacher Tor sowie zwischen Kriegstraße und Schloßplatz, ausge-

nommen die Waldhornstraße zwischen Schloßplatz und Kaiserstraße.)

Privatmann und Stadtrat Robert Oberst, Vorsitzender; Kaufmann und

Stadtrat Rudolf Dewart, stellvertretender Vorsitzender; Badermeister und

Stadtratordneter Friedrich Appelker; Lederhändler Wilhelm Knauf;

Kaufmann Christian Dertel; Kaufmann Wilhelm Miede; Flechnermeister

und Stadtratordneter Andreas Schlader; Weinhändler und Stadtratordneter

Jakob Best.

III. Kommission für die Waldhornstraße

(zwischen Schloßplatz und Kaiserstraße)

Hofwagenfabrikant Karl Arant, Vorsitzender; Hofschlossermester Ernst

Blum, stellvertretender Vorsitzender; Hofbauberechtigter Heinrich Amersbach,

Oberstadtratordneter Georg Beck, Kaufmann Rudolf Jäger.

IV. Kommission für die Südseite

(umfassend das Gebiet südlich der Kriegstraße — diese eingeschlossen — und

östlich der Klingerstraße — diese eingeschlossen — Neustadt und

Stadtratordneter Wilhelm Weidlich, Vorsitzender; Glasfabrikant Hans Prin-

zberg, stellvertretender Vorsitzender, Druckereibesitzer Friedrich Lang.

V. Kommission für die Südwestseite

(umfassend das Gebiet südlich der Kriegstraße — diese eingeschlossen — und

westlich der Veitheimer Allee — diese eingeschlossen — bis zur

Eisenlohrstraße — diese eingeschlossen.)

Fabrikant und Stadtratordneter Oskar Edelmann, Vorsitzender; Fabrikant

Jakob Partz; Kaufmann Gustav Pittner; Metzgereimeister Jakob Pau-

walter; Schuhmachereimeister Jakob Aradert.

VI. Kommission für die Altstadt

(umfassend das Gebiet zwischen Kreuzstraße — diese eingeschlossen — und

der Veitheimer Allee — diese eingeschlossen — diese eingeschlossen — und der

Stefanienstraße — diese eingeschlossen — und ferner eingeschlossen die Wald-

hornstraße.)

Privatmann und Stadtratordneter Friedrich Best, Vorsitzender; Kommer-

zienrat und Stadtratordneter Rudolf Herrmann; Flechnermeister und

Stadtratordneter Franz Kitz; Hofschlosser Karl August Klinker; Buch-

druckerlehrling und Stadtratordneter Dr. Richard Kuntz; Kaufmann und

Stadtratordneter Karl Lang; Hofjuwelier Ludwig Paatz; Kaufmann Adolf

Saxauer; Tapezierer Jakob Steff; Technischer Direktor Albert Hoff.

VII. Kommission für die Südseite

Hofbuchbinder A. Otto Schild, Vorsitzender; Kaufmann Robert Krieg, stell-

vertretender Vorsitzender; Hofschlosser Hermann Siederbrandt; Hauptlehrer

Robert Zais; Gärtnereimeister Hermann Hoff.

VIII. Kommission für die Westseite

(umfassend das Gebiet südlich der Veitheimer Allee — diese eingeschlossen — und

westlich der Veitheimer Allee — diese eingeschlossen — bis zur

Eisenlohrstraße — diese eingeschlossen — und ferner eingeschlossen die Wald-

hornstraße.)

Architekt und Stadtratordneter Gottfried Jünger sen., Vorsitzender; Wagner-

meister Andreas Farap; Maschinenfabrikbesitzer Joseph Fuhs; Schnei-

dermeister Martin Köhler; Schneidemeister G. Alpert; Weidmeyer G.

Martin; Zimmermeister A. Wessing jr.; Baumeister Friedrich Kragel;

Kaufmann A. W. Bupp; Dekorationsmaler Heinrich Wierhöfer; Bau-

materialienhändler Pf. Wolf.

IX. Kommission für die Westseite (Kardinalstabsstempel)

(umfassend das Gebiet nördlich der Veitheimer Allee — diese eingeschlossen — und

westlich der Veitheimer Allee — diese eingesch